

**Niederschrift**

Gremium	Sitzung - StBV/028(V)/11			
	Wochentag, Datum	Ort	Beginn	Ende
Ausschuss f. Stadtentw., Bauen und Verkehr  Lenkungsausschuss Buckau	Donnerstag,  01.12.2011	Ratssaal "Otto von Guericke"	16:00Uhr	19:25Uhr

**Tagesordnung:**

Öffentliche Sitzung

- 1 Eröffnung der Sitzung und Feststellung der Beschlussfähigkeit
- 2 Bestätigung der Tagesordnung
- 3 gemeinsame Sondersitzung: FG, K, RWB, UwE und StBV
- 3.1 Landesgartenschau 2018 DS0465/11  
Amt 61
- 4 Genehmigung der Niederschrift vom 03.11.2011 und vom  
10.11.2011
- 4.1 Niederschrift vom 03.11.2011
- 4.2 Niederschrift vom 10.11.2011
- 5 Lenkungsausschuss Buckau  
Amt 61/ BauBeCon
- 6 Beschlussvorlagen

6.1	Haushaltsplan 2012 - Haushaltssatzung 2012 - Ergebnis- und Finanzplan 2012 - mittelfristige Ergebnis- und Finanzplanung 2012 - 2015 - Teilergebnispläne und Teilfinanzpläne 2012 - Stellenplan 2012 FB 02	DS0455/11
6.1.1	Beschlusspunkte 1-3	
6.1.2	Beschlusspunkt 4	
6.2	Vorplanung für die Sanierung des "Gröninger Bades", Gröninger Straße 2 in 39122 Magdeburg im Rahmen des Bund-Länder-Programms "Förderung von Stadtteilen mit besonderem Entwicklungsbedarf - die soziale Stadt" EB KGM	DS0271/11
6.3	2. Änderung des rechtsv. B-Planes Nr. 301-2 "Olvenstedt 5.2" - Einleitung Satzungsverfahren vorhabenbezogener Bebauungsplan Nr. 301-2.1 "Carl-Krayl-Ring" Amt 61	DS0258/11
6.4	Einleitung des Satzungsverfahrens für den vorhabenbezogenen Bebauungsplan Nr. 349-4.1 "Osterweddingener Straße 30" Amt 61	DS0351/11
7	Anträge	
7.1	Barleber See entwickeln CDU/BfM	A0115/11
7.1.1	Barleber See entwickeln FB 40	S0250/11
7.2	Blumenbeet der Kinder DIE LINKE	A0107/11
7.2.1	Blumenbeet der Kinder EB SFM	S0229/11
8	Mitteilungen und Anfragen	

Anwesend:

**Vorsitzende/r**

Stadtrat Olaf Czogalla

**Mitglieder des Gremiums**

Stadtrat Martin Rohrßen

Stadtrat Mirko Stage

Stadtrat Frank Schuster

Stadtrat Reinhard Stern

Stadtrat Mario Grünewald

Stadtrat Bernd Krause

Stadtrat Jürgen Canehl

Stadtrat Gregor Bartelmann

**Geschäftsführung**

Frau Corinna Nürnberg

Frau Anja Schulze

---

 Öffentliche Sitzung
 

---

 1. Eröffnung der Sitzung und Feststellung der Beschlussfähigkeit
 

---

Der Vorsitzende des StBV, **Stadtrat Czogalla** eröffnet die gemeinsame Sondersitzung zur Drucksache DS0465/11 „Landesgartenschau 2018“. Er begrüßt die Stadträte, die Vertreter der Verwaltung sowie die anwesenden Gäste.

An der Sondersitzung nehmen die Mitglieder der Ausschüsse für Stadtentwicklung, Bauen und Verkehr (StBV), Regionalentwicklung, Wirtschaftsförderung und kommunale Beschäftigungspolitik (RWB), Finanz- und Grundstück (FG), Umwelt und Energie (UwE) sowie Kultur (K) teil.

Mit 8 anwesenden Stadträten ist der StBV beschlussfähig, stellt Stadtrat Czogalla fest.

Nacheinander wird für den FG, den RWB, den UwE durch den jeweiligen Vorsitzenden die Beschlussfähigkeit festgestellt. Der Kulturausschuss ist mit 3 anwesenden Stadträten noch nicht beschlussfähig, stellt die Vorsitzende **Stadträtin Meinecke** fest.

**Stadtrat Czogalla** übernimmt die Sitzungsleitung der gemeinsamen Sitzung.

Abstimmung zur DS0465/11:6-1-2-

 2. Bestätigung der Tagesordnung
 

---

**Stadtrat Grünewald** und **Stadtrat Bartelmann** sind zur Abstimmung nicht anwesend.

Die Tagesordnung wird ohne Änderungen bestätigt.

Abstimmung zur Tagesordnung: 6-0-0

 3. gemeinsame Sondersitzung: FG, K, RWB, UwE und StBV
 

---

 3.1. Landesgartenschau 2018  
 Vorlage: DS0465/11
 

---

**Herr Dr. Scheidemann** (BG VI) begrüßt die Anwesenden. Ziel der gemeinsamen Sondersitzung ist eine ausführliche Präsentation der Machbarkeitsstudie zur Durchführung der Landesgartenschau 2018.

**Herr Dr. Scheidemann** stellt die Planer vor, **Herrn Lohrer** für die Arbeitsgemeinschaft lohrer. hochrein und **Herrn Dr. Pantke** für das Ingenieurbüro für Gartenschau-Management, und bittet, den Planern Rederecht zu erteilen zur Vorstellung der Präsentation.

**Frau Radike** (Amt 61) geht auf den Stadtratsbeschluss vom 29.08.2011 ein, in der die Verwaltung beauftragt wird eine Machbarkeitsstudie vorzulegen, die die Voraussetzungen für die Bewerbung der Stadt als Ausrichter der Landesgartenschau 2018 erfüllt.

Anschließend erläutert **Herr Lohrer** anhand einer Power-Point-Präsentation die Machbarkeitsstudie sowie die Prüfkriterien zur Durchführung einer Landesgartenschau ausführlich, wie z.B.:

- Flächenverfügbarkeit;
- Städtebaulich sinnvolle Verortung;
- Standortspezifisches Leitthema;

- Verkehrliche Anbindungen (ÖPNV);
- Finanzielle Absicherung.

Der Betrachtungsraum / Suchraum kann in 3 Kategorien (A, B und C) unterteilt werden: das Kerngelände, auf dem ehemaligen SKET-Gelände (A), ergänzt mit flankierenden Maßnahmen, z.B. verkehrsberuhigende Maßnahmen auf der Schönebecker Straße, Wegeverbindungen zur S-Bahn, Fuß- und Radwegeverbindungen auf dem Hochufer der Elbe (B), und diverse Referenzobjekte wie das Wasserturmareal Salbke, Umfeld Martin-Gallus-Kirche bzw. Bereiche der Salbker Seen (C).

**Herr Dr. Pantke** ergänzt die Ausführungen und geht auf die finanziellen Aspekte ein. Weiterhin verweist er auf ein erhöhtes öffentliches Interesse seit Bekanntwerden einer möglichen Bewerbung um die Ausrichtung der Landesgartenschau 2018. Das Konzept ist hilfreich, um ein großes Gebiet weiter zu entwickeln, und es kann eine Vorbildwirkung für weitere Investitionen bedeuten.

**Stadtrat Czogalla** bedankt sich für die Erläuterungen und bittet um Wortmeldungen.

**Stadträtin Meinecke** hinterfragt die finanziellen Mittel und deren Berücksichtigung im Haushaltsplan 2012 sowie die Planungen zu den behindertengerechten Haltestellen, die durch die MVB zu leisten wären. Des Weiteren hinterfragt sie mögliche Konflikte bei 2 gleichzeitig laufenden Großprojekten (LAGA - Kulturhauptstadt).

**Stadtrat Wendenkampf** hinterfragt den Umgang mit dem Biosphärenreservat sowie die Fördermittelsituation.

**Stadtrat Salzborn** spricht das Thema Flächennutzung und Flächenankauf an. Um eine Kostenreduzierung beim Flächenankauf zu erreichen schlägt er vor, private Partner mit ins Boot zu holen. Dieses Thema muss schon bei der Planung stärker beleuchtet werden. Die Grundstückssituation muss möglichst früh geklärt werden. Die Nachnutzung der Flächen bzw. der Landesgartenschau ist dabei ein wichtiges Thema. Das Nachnutzungskonzept muss fördermittelkompatibel sein.

**Stadtrat Stern** hätte sich mehr Einbindung von Farmersleben und Salbke gewünscht, nach Buckau sind schon erhebliche Fördermittel geflossen aus seiner Sicht. Weiterhin stellt er fest, dass die Hallen in einem sehr schlechten Zustand sind und er verweist auf die schlechten Erfahrungen mit dem Nachnutzungskonzept zur BUGA. Des Weiteren hat er Fragen zur Notwendigkeit der Einfriedung des Kerngebietes.

**Stadtrat Canehl** begrüßt die Drucksache und bedankt sich bei der Verwaltung / Planer für das Konzept.

Er kann der Argumentation, dass der Umbau der Schönebecker Straße nur in Kombination mit der Entlastungsstraße zu sehen ist, nicht folgen.

**Herr Dr. Scheidemann** antwortet auf die einzelnen Fragen wie folgt:

- Im Haushalt sind die Maßnahmen derzeit noch nicht berücksichtigt.
- Die Entwicklung der Fördermittel sieht problematisch aus, eventuell ergänzend in Randbereichen.
- Eine Verschiebung des Plangebietes nach Südost scheidet mangels Grundbesitzes aus, denn die Flächenverfügbarkeit ist eine Voraussetzung für die Beteiligung am Verfahren.
- Das Konzept ist zunächst nur eine Grundlage zur Bewerbung. Eine Konkretisierung wird im weiteren Verfahren stattfinden.
- Der Abschluss des Erörterungstermins EÜ ERA steht bevor. Die Bedenken Stadtrats Canehl kann er wahrlich nicht teilen.

**Herrn Dr. Pantke** erhält noch einmal Rederecht.

Ergänzend zu den Fragen der Stadträte antwortet er:

- Ein Zaun wird die LAGA nur temporär bis 2018 eingrenzen. Es besteht keine 10-jährige Bindung.
- Die behindertengerechten Haltestellen sind mit der Verwaltung / MVB abgestimmt.
- Zu den Biotopen haben Vorgespräche mit dem Umweltamt stattgefunden.
- Die Situation der Fördermittel ist unsicher, mit allen Fördermittelgebern sind Gespräche geführt worden.

- Die benötigten Flächen sind im Besitz von 2 Privatpersonen und einer Gesellschaft des Landes.
- Die Halle auf dem SKET-Gelände wird unter Beachtung des Denkmalschutzes teilsaniert, das Stahlskelett bleibt teilweise stehen und die Wand dient als Lärmschutz.
- Die Nachnutzung als öffentliche Grünfläche ist sehr extensiv. Die Schutzwürdigkeit der Elbe wird genutzt, 10 ha Grünflächen sind Förderkriterium.

**Stadtrat Czogalla** geht auf den Stadtratsbeschluss ein. Die Verwaltung wurde beauftragt, eine Machbarkeitsstudie zur Ausrichtung der LAGA 2018 zu erstellen, diese liegt vor und bedeutet vor allem eine Aufwertung des Stadtteils. Er begrüßt die Studie, durch die LAGA können Problembereiche aufgewertet /weiterentwickelt werden, eventuell auch Stadtentwicklung betrieben werden.

**Stadträtin Meinecke** erkundigt sich nach dem Termin der Entscheidung.

**Frau Radike** antwortet: die Entscheidung wird am 31.03.2012 bekannt gegeben.

**Stadtrat Hans-Jörg Schuster** erläutert seine anfängliche Skepsis, aber die Machbarkeitsstudie ist überzeugend und er begrüßt das Konzept.

**Stadtrat Czogalla** bedankt sich bei den Planern und der Verwaltung, die in dieser kurzen Zeitspanne die Machbarkeitsstudie erarbeitet haben. Anschließend lässt er über die Drucksache abstimmen.

- StBV: 6-1-2
- FG: 3-5-0
- RWB: 3-2-1
- UwE: 4-2-1
- K: 2-1-0 (nicht beschlussfähig)

Abstimmung zur DS0465/11:6-1-2

Die gemeinsame Sondersitzung zur Drucksache „Landesgartenschau 2018“ endet um 17.30 Uhr.

**Herr Dr. Scheidemann** hat noch einen Hinweis in eigener Sache. In der Vereinshütte auf dem Weihnachtsmarkt wird heute für ein zusätzliches Spielgerät für einen Spielplatz in Rothensee gesammelt / bzw. Kekse verkauft.

4. Genehmigung der Niederschrift vom 03.11.2011 und vom 10.11.2011
- 

- 4.1. Niederschrift vom 03.11.2011
- 

Abstimmung: 3-0-4

- 4.2. Niederschrift vom 10.11.2011
- 

Abstimmung: 4-0-3

## 5. Lenkungsausschuss Buckau

---

**Herr Herrmann** (Amt 61) informiert die Stadträte über einen Bewilligungsbescheid über zusätzliche Fördermittel für das Sanierungsgebiet aus Rückflussmitteln. Darüber hinaus umfasste die Bewilligung zum Programmjahr 2011 im Förderprogramm Stadtumbau Ost auch öffentliche Maßnahmen in Buckau. Es handelt sich um die Baumaßnahme Sporthalle Buckau (mit Verlagerung des Schüler-WC ins Schulgebäude), die mit den bewilligten Mitteln aus dem Stadtumbau Ost und aus dem ExWoSt-Forschungsfeld Kooperation Konkret, zusammengenommen 1,5 Mio. € in den Jahren 2012-2014, ausfinanziert ist, sowie die Straßenbaumaßnahmen Dorotheenstraße und Gaertnerstraße (beide 2013). Die Stadträte begrüßen die Entscheidung.

## 6. Beschlussvorlagen

---

- 6.1. Haushaltsplan 2012
- Haushaltssatzung 2012
  - Ergebnis- und Finanzplan 2012
  - mittelfristige Ergebnis- und Finanzplanung 2012 - 2015
  - Teilergebnispläne und Teilfinanzpläne 2012
  - Stellenplan 2012
- Vorlage: DS0455/11
- 

**Herr Dr. Scheidemann** (BG VI) bedankt sich für den aus seiner Sicht gut aufgestellten Haushaltsplan 2012. Er verweist auf andere Städte / Kommunen, die teilweise nicht mehr in der Lage sind, eine Co-Finanzierung zu Fördermitteln zu leisten.

**Herr Zimmermann** (BG II) geht allgemein auf die Gesamtsituation zum Haushaltsplan 2012 ein, der unter Vorbehalt des FAG aufgestellt worden ist. **Herr Dr. Hartung** (FBL 02) stellt den neuen Fachdienstleiter **Herrn Erxleben** vor. Anschließend erläutert **Herr Dr. Hartung** anhand einer Power-Point-Präsentation den Haushaltsplan 2012. Er geht auf den Eckwertebeschluss ein, informiert über einen leichten Überschuss im Ergebnishaushalt (Steigerung von 11 Mio. auf ca. 12 Mio.) und geht auf die Fördermittelsituation ein. Abschließend spricht er die Kürzungen an Zuweisungen an, die durch Sparerfolge den Kommunen drohen könnten.

Nach der Erläuterung der Gesamtsituation zum Haushaltsplan 2012 geht er auf den Teilergebnishaushalt des Dez VI ein.

Er erläutert die Situation der Städtebaufördermittel und mögliche Umschichtungen im Fördermittelbereich sowie die Prioritätenliste.

**Stadtrat Czogalla** bittet um Diskussionsbeiträge nur für den Teilbereich des Dez VI.

**Stadtrat Stern** sieht in mehr Kontrollen der Baupolizei eine Möglichkeit die Erträge zu erhöhen. Des Weiteren hinterfragt er Finanzierungsreserven z.B. bei zusätzlich erforderlichen Brückenbaumaßnahmen. Er erkundigt sich nach dem Abarbeitungsstand der Frostschäden des letzten Winters, hinterfragt die Situation der Siedlungsstraßen und den Planungsstand zum verlängerten Strombrückenzug.

**Herr Dr. Scheidemann** teilt mit, dass eine Haupteinnahmequelle des Amtes 63 die Erteilung von Baugenehmigungen ist, vor allem die großen Einzelbaumaßnahmen wie z.B. RegioCom, Gunz oder Vakoma. Einnahmen und Aufwand bei Ahndung dieser Ordnungswidrigkeiten stehen in keinem Verhältnis und laut Organisationsuntersuchung (FEDERAS) ist dies nicht zielführend. Reserven, um bei möglichen Brückenhavarien sofort reagieren zu können, sind nicht vorhanden.

**Herr Reul** (Amt 66) teilt den aktuellen Abarbeitungsstand der Winterschadensbeseitigung / Schlaglochprogramm mit. Es laufen aktuell noch 2 zusätzliche Maßnahmen, an der Helmstedter Chaussee und in Alt Fermerleben, die nächste Woche beendet werden.

**Stadtrat Canehl** geht auf Bürgerschreiben aus Alt Olvenstedt ein, die um einen Fahrbahnteiler des Autobahnzubringers zur Geschwindigkeitsregulierung am Ortseingang bitten und er hinterfragt die möglichen Kosten.

**Herr Reul** erklärt finanziellen Bedarf von ca. 15.000 €, der nicht eingestellt ist.

Des Weiteren erkundigt sich **Stadtrat Canehl** nach der Gestaltung der Außenanlagen der Volkshochschule, die sich noch nicht in einem denkmalgerechten Zustand befinden. Er hinterfragt die Maßnahme Eisenbahnfestungstor, die nicht in der Prioritätenliste aufgeführt ist, und erkundigt sich nach Sparmöglichkeiten bei der Domplatzgestaltung. Bei der Planung zum verlängerten Strombrückenzug bittet er um Überprüfung möglicher Alternativen und Berücksichtigung der Verkehrsprognosen. Die Anlage A 50 ist nicht belegt. Hier besteht Informationsbedarf.

**Herr Dr. Scheidmann:** es ist Zielstellung, die zentrale Fläche des Domplatzes 2012 bis März 2013 unter Ausnutzung der spielfreien Zeit zu realisieren. Das Eisenbahnfestungstor ist bereits im Haushaltsjahr 2011 im Aufwand Deckungskreis Städtebauförderung (Maßnahme Dritter) enthalten

**Herr Herrmann** (Amt 61): für A 50 erfolgte keine Bewilligung für Planjahr 2011. Für Planjahr 2012 erfolgt erneuter Antrag.

Die Verlängerung des Strombrückenzuges ist in Diskussion. Planungskosten sind mit einem Anteil noch in der Prioritätenliste enthalten. Die Aufhebung des FFH-Gebietes oder die Beantragung einer Sondergenehmigung in Brüssel sind vorstellbar.

**Stadtrat Czogalla** spricht sich für den verlängerten Strombrückenzug aus, eine bessere Anbindung muss umgesetzt werden auch mit Hilfe einer Sondergenehmigung.

**Herr Dr. Scheidemann** geht auf die verschiedenen Varianten zur Baumaßnahme Strombrückenzug ein.

**Stadtrat Stern** stellt den Geschäftsordnungsantrag: Abbruch der Debatte zu den Brücken. Abstimmung zum Antrag: 6-2-1

**Stadtrat Canehl** gibt eine persönliche Erklärung zum Thema ab: (wird von SR Canehl zugearbeitet)

**Stadtrat Stern** hinterfragt die Maßnahmen an der Künette, die erst 2014 eingeordnet ist.

Dies hängt mit der Umsetzung des Entwässerungskonzeptes Nord im Zusammenhang mit der Eisenbahnüberführung Ernst-Reuter-Allee zusammen, so **Herr Dr. Scheidemann**.

**Stadtrat Rohrßen** ist für eine schnelle Sanierung der Künette.

**Herr Dr. Scheidemann** erklärt, dass die Künette bei Starkregen als Überfluter fungiert. Erst mit dem Nordsammler erfolgt tatsächliche Entlastung. Dieser ist beginnend ab 2013 geplant.

**Stadtrat Krause** hinterfragt den Radweg Olvenstedt – Ebendorf.

Der Radweg ist in Realisierung, Eigentumsprobleme haben zur Verzögerung geführt, antwortet **Herr Dr. Scheidemann**.

**Stadtrat Czogalla** geht auf den Stellenplan des Dez. VI ein.

**Herr Dr. Scheidemann** sieht durch Umstrukturierungen und Arbeitsverteilungen momentan keine Probleme gegeben (z.B. EÜ ERA), zusätzliche freiwillige Aufgaben werden nicht mehr zu leisten sein.

**Stadtrat Stern** spricht sich dafür aus, den Stellenplan im Haushaltsplan 2012 extra abzustimmen.

**Stadtrat Czogalla** lässt über den Beschlussvorschlag 1-3 abstimmen und über den Beschlussvorschlag 4 (Stellenplan) gesondert.

Einzelabstimmung



### 6.1.1. Beschlusspunkte 1-3

---

Beschlussvorschlag Punkt 1-3: 6-1-2

### 6.1.2. Beschlusspunkt 4

---

Beschlussvorschlag Punkt 4: 5-3-1

**Stadtrat Stage** erläutert seine Gründe zur Enthaltung bei der Abstimmung.

6.2. Vorplanung für die Sanierung des "Gröninger Bades", Gröninger Straße 2 in 39122 Magdeburg im Rahmen des Bund-Länder-Programms "Förderung von Stadtteilen mit besonderem Entwicklungsbedarf - die soziale Stadt"  
Vorlage: DS0271/11

---

**Herr Ulrich** (EBL KGM) erläutert allgemein die Vorplanung zur Sanierung des „Gröninger Bades“.

**Frau Siebert** (KGM) geht vertiefend auf die geplanten Sanierungsmaßnahmen ein, z.B.:

- Fußbodenerneuerung;
- Erneuerung der Heizanlage;
- Fenstererneuerung;
- Fassadenreinigung.

Die Einzelmaßnahmen der Sanierung sind mit dem Nutzer abgestimmt. Die Baumaßnahmen sollen im III. Quartal 2012 begonnen werden.

**Stadtrat Czogalla** hinterfragt die Möglichkeiten einer Photovoltaikanlage.

Die Dachkonstruktion / Dachausrichtung ist geeignet, eine Wirtschaftlichkeitsprüfung hat stattgefunden, in der vorliegende Kostenschätzung der Vorplanung ist der Bau einer Photovoltaikanlage nicht berücksichtigt, antwortet **Frau Siebert**.

Der Ausschuss für Stadtentwicklung, Bauen und Verkehr beschließt **einstimmig** mit Beschlussnummer: **StBV237-28(V)/11**.

#### **Beschlussvorschlag:**

1. Bestätigung der Vorplanung für die Sanierung der Fenster und Fassade sowie die Modernisierung der Heizungs- und Elektroanlage des „Gröninger Bades“.
2. Die Verwaltung wird beauftragt, die EW-Bau zu erstellen und dem Stadtrat zur Beschlussfassung vorzulegen.

- 6.3. 2. Änderung des rechtsv. B-Planes Nr. 301-2 "Olvenstedt 5.2" -  
Einleitung Satzungsverfahren vorhabenbezogener  
Bebauungsplan Nr. 301-2.1 "Carl-Krayl-Ring"  
Vorlage: DS0258/11
- 

**Herr Olbricht** (AL 61) erläutert die Drucksache. Planungsziel ist die Entwicklung eines Einfamilienhausstandortes.

**Stadtrat Stern** spricht sich für einheitliche Flachdächer aus, da sie in den angrenzenden Gebieten prägend sind. Er hinterfragt Möglichkeiten, dies festzusetzen.

**Herr Olbricht** lässt die Möglichkeit prüfen, Gestaltungsformen der näheren Umgebung im Bebauungsplan festzusetzen.

**Stadtrat Czogalla** verweist auf die Gestaltungssatzungen in „Alt Olvenstedt“ sowie „Auf den Höhen“, die die Gebiete harmonischer wirken lassen. Gleichzeitig gibt er aber zu bedenken, zu viele Vorschriften könnten ein Abwandern ins Umland zur Folge haben.

**Stadtrat Krause** hinterfragt die vorhandene Fuß- und Radwegesituation.

**Herr Olbricht** teilt mit, dass die Verbindungsstrukturen erhalten bleiben.

**Stadtrat Czogalla** erkundigt sich nach der Anzahl der Parzellen.

Der vorhabenbezogene Bebauungsplan sieht 28 Parzellen zur Errichtung von Einfamilienhäusern vor, stellt **Herr Olbricht** fest.

Abstimmung zur DS0258/11:9-0-0

- 6.4. Einleitung des Satzungsverfahrens für den vorhabenbezogenen  
Bebauungsplan Nr. 349-4.1 "Osterweddingener Straße 30"  
Vorlage: DS0351/11
- 

**Herr Olbricht** (AL 61) erläutert die Drucksache. Mit dem vorhabenbezogenen Bebauungsplan soll Baurecht für 3 Einfamilienhäuser in 2. Baureihe hergestellt werden. Der Bebauungsplan soll im beschleunigten Verfahren ohne Durchführung einer Umweltprüfung durchgeführt werden.

**Stadtrat Czogalla** hinterfragt noch einmal die Anzahl der geplanten Häuser.

**Stadtrat Grünewald** stellt fest, dass letztes Jahr auch nur für 7 Häuser ein vorhabenbezogener Bebauungsplan erstellt worden ist. Des Weiteren hinterfragt er die Zuwegung.

**Herr Olbricht** erläutert, dass eine Bebauung nach § 34 BauGB nicht zulässig ist, somit kann Baurecht nur über ein Bauleitplanverfahren hergestellt werden. Die geplante Bebauung fügt sich in die nähere Umgebung ein und bildet einen Abschluss an dieser Stelle. Die Zuwegung erfolgt über das Eigentümergehöft.

Abstimmung zur DS0351/11:7-1-1

## 7. Anträge

---

- 7.1. Barleber See entwickeln  
Vorlage: A0115/11
- 

Die Stellungnahme wertet **Stadtrat Stern** als Zwischeninformation.

**Herr Krüger** (FBL 40) erläutert die bereits durchgeführten Erneuerungen in der Elektro- und Trinkwasserversorgung. Zur Verbesserung des Freizeitangebotes sind Gespräche in Vorbereitung.

Abstimmung zum Antrag A0115/11: 7-0-2

7.1.1. Barleber See entwickeln  
Vorlage: S0250/11

---

Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.

7.2. Blumenbeet der Kinder  
Vorlage: A0107/11

---

**Frau Ohst** (EB SFM) erläutert die Stellungnahme der Verwaltung.

**Stadtrat Stern** hätte die Blumenbeete in Kindereinrichtungen integriert, um Vandalismusschäden besser vorbeugen zu können.

**Stadtrat Krause** bedankt sich für die positive Stellungnahme und deren geplante Umsetzung. Er kann sich vorstellen, dass die Kinder diese Flächen respektieren werden und verspricht sich eine Vorbildwirkung mit Erweiterungspotenzial.

**Stadtrat Rohrßen** beantragt, Abbruch der Debatte und Abstimmen zum Antrag.  
Abstimmung zum Geschäftsordnungsantrag: 8-0-1

Abstimmung zum Antrag: 9-0-0

7.2.1. Blumenbeet der Kinder  
Vorlage: S0229/11

---

Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.

8. Mitteilungen und Anfragen

---

Eine Koordinierung von Sondernutzungen und Schachtgenehmigungen hätte sich **Stadtrat Canehl** gewünscht. Für den Weihnachtsmarkt auf dem Wilhemstädter Platz hat er eine Sondergenehmigung beantragt und stellt heute Nachmittag fest, dass gleichzeitig eine Tiefbaufirma eine Schachtgenehmigung besitzt und Bauarbeiten zur Kabelverlegung auf dem Platz durchführt. Er bittet um bessere Koordinierung in der Verwaltung.

**Herr Dr. Scheidemann** (BG VI) wird dies klären.

**Stadtrat Schuster** weist auf eine Gefahrensituation an der Schönebecker Straße / Schanzenweg hin, dort fehlen die Begrenzungssteine, die Bake steht zu weit von der Gefahrenquelle entfernt.

**Herr Reul** (Amt 66) wird das Problem klären lassen.

**Stadtrat Stern** erkundigt sich nach weiteren Planungen zur Erweiterung des Baugebietes „Saures Tal“ und „An den Röthen“.

**Herr Dr. Scheidemann** verweist auf die Pflicht, mit Grund und Boden sparsam umzugehen. Kleine Flächen im Außenbereich. Die Entwicklung von Arrondierungsflächen, die zur Abrundung eines Gebietes dienen, sind vorstellbar, eine großflächige Versiegelung von Ackerflächen wird es nicht geben.

**Stadtrat Krause** erkundigt sich nach dem Stand der Brückensanierung Hundisburger Straße.

**Herr Reul** sieht keine zeitlichen Verzögerungen, während der Sanierungsarbeiten sind zusätzliche Schäden sichtbar geworden, dies führt nicht zu Zeitverzug.

Die Niederschrift erhält ihre endgültige Fassung mit Bestätigung in der darauffolgenden Sitzung.



Olaf Czogalla  
Vorsitzende/r

Corinna Nürnberg Anja Schulze  
Schriftführer/in